



Kinderbetreuung: 570 Millionen Euro fehlen!

Trägerverbände korrigieren Finanzplanungen von Minister Stamp deutlich

Vor wenigen Wochen erst habe ich in [Ausgabe #59](#) darüber berichtet, wie die Landesregierung die Chancen des Gute-Kita-Gesetz einfach verfallen lässt. Nun stellt sich heraus, dass Familienminister Stamp bei seinen Plänen anscheinend auf das Feedback der Trägerverbände verzichtet hat. Dies rächt sich gewaltig, denn die Verbände haben dem Minister diese Woche vorgerechnet, dass in seinen Planungen 570 Millionen Euro fehlen, um die von ihm propagierte „auskömmliche“ Finanzierung sicherzustellen.

Wirklich traurig ist aber, dass die Landesregierung weiter nicht bereit ist das

KiBiz (Kinderbildungsgesetz) so zu überarbeiten, dass es den heutigen Realitäten gerecht wird. Dieses greift nämlich inzwischen viel zu kurz. Anstatt die frühkindliche Bildung in NRW vernünftig auszustatten, scheitert der Minister daran, veraltete Maßstäbe zu finanzieren.

Das Gute-Kita-Gesetz bietet immer noch gute Chancen, den konsequenten Angebotsausbau aus Zeiten der SPD-Landesregierung fortzusetzen. Die Landtagsfraktion hat seriöse Vorschläge vorgelegt. Leider fehlt es bisher völlig am Gestaltungswillen der Landesregierung.

Aktionswoche „Wir wollen wohnen!“

Am Montag startet die NRW-weite Aktionswoche des von der SPD unterstützten Bündnisses „Wir wollen wohnen“. Die Onlinepetition der Kampagne kann

[hier mitgezeichnet](#) werden.

Auch bei uns im Rhein-Erft-Kreis explodieren die Mieten, aber anstatt ordentlich in den geförderten Wohnungsbau für bezahlbaren Wohnungen zu investieren (unter schwarz-gelb minus 30% geförderte Wohnungen), schafft die Landesregierung wichtige Mieterschutzregeln ab.

Im Bund hat die SPD einen deutliche Steigerung der Mittel für geförderten Wohnungsbau erreicht. Leider wird dieser positive Impuls von der Landesregierung nicht aufgenommen.

Schon wieder: Steuerbetrug in NRW einfach hingenommen.

Die gigantischen Steuerbetrügereien nach dem Cum Ex Prinzip haben völlig zu Recht zu einem großen Aufschrei der Empörung geführt. Hier wurden Milliardensummen der Allgemeinheit vorenthalten, die eigentlich in Schulen, Kinder-



gärten oder Straßen hätten investiert werden können. Nun droht die strafrechtliche Verfolgung dieses Betrugs in NRW zu verjähren, weil das Land nicht genügend Personal zur Bearbeitung bereitstellt.

Dies passt leider ins Bild. Seit Amtsübernahme der schwarz-gelben Landesregierung sind die von Steuerbetrügern zurückgeholten Summen massiv eingebrochen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug hat offensichtlich keine Priorität mehr und den Schaden tragen wir alle.

Ihr

Wir wollen wohnen - bezahlbar machen!

- **landeseigene Wohnungsbau-Gesellschaft**
- **verstärkte Förderung von kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaften & -Genossenschaften**
- **Erhöhung des Fördervolumens im Sozialen Wohnungsbau**
- **Flexibilisierung der Förderkonditionen**

#WohnenBezahlbarMachen